

AL fordert bezahlbare Kinderbetreuung und bietet eine Lösung

Die AL Zürich bedauert den Ablehnungsantrag der bürgerlichen Mehrheit der Bildungskommission zur AL-Volksinitiative „Bezahlbare Kinderbetreuung für alle“. Die Initiative der AL will dafür sorgen, dass die Kinderbetreuung neu über ein Dreisäulenprinzip (Staat, Private, Wirtschaft) finanziert wird, das die Eltern entlasten, die Wirtschaft aber nur minim belasten würde.

Zahlen zur Finanzierung der Kinderbetreuung fehlen

Der Regierungsrat hat es unterlassen, in seiner dürren Botschaft Angaben zur aktuellen Situation der Kinderbetreuung und ihrer Finanzierung im Kanton Zürich zu kommunizieren; entsprechende Erhebungen wurden 2013 eingestellt. Eine Studie des Bundes¹ kommt zum Schluss, dass **die Kosten der Schweizer Kitas nicht höher sind als in den Nachbarländern Deutschland, Österreich und Frankreich. Die Belastung der Zürcher Eltern dagegen ist im interkantonalen und im Länder-Vergleich überdurchschnittlich hoch.** Die Initiative der AL würde genau hier ansetzen und die Belastung der Eltern senken - durch Einlagen der Arbeitgeber in einen Betreuungsfonds.

Das Initiativkomitee ist befremdet, dass sowohl der Regierungsrat als auch die Kommission die Initiative ablehnen, ohne Zahlen zur Finanzierung der Kinderbetreuung im Kanton Zürich heranzuziehen. Mit der Anfrage 2015/334 wollen Markus Bischoff und Laura Huonker hier nachfassen.

Drei-Säulen-Prinzip für die Kinderbetreuung gefordert

Die Entscheide scheinen völlig am Geist der Zeit vorbeizuziehen. Im vergangenen November haben das Netzwerk Kinderbetreuung und die Schweizerische UNESCO-Kommission in einem Appell² darauf hingewiesen, dass es noch „Lücken in Köpfen, Gesetzen, Strukturen und Budgets“ gebe, und fordert konkret: „Staat und Wirtschaft engagieren sich finanziell stärker und verbindlich für die frühe Kindheit und

¹ «Analyse der Vollkosten und der Finanzierung von Krippenplätzen in Deutschland, Frankreich und Österreich im Vergleich zur Schweiz» (Kurzfassung in Soziale Sicherheit CHSS 5/2015, S. 264 ff)

² Appell für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in der Schweiz.

verringern den Kostenanteil der Eltern“. Der Bundesrat hat vergangenen September 100 Millionen Franken für die Förderung der Kindertagesstätten gesprochen und hebt im erläuternden Bericht³ hervor, dass es wichtig ist, die Betreuungskosten der Eltern zu reduzieren, und dass eine allfällige finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber an der Kinderbetreuung als Gegenleistung zu den Vorteilen betrachtet werden kann, die eine vermehrte Teilnahme von Eltern am Arbeitsmarkt bewirkt.

Bewährtes Modell aus der Westschweiz

In den Kantonen Waadt, Freiburg und Neuenburg gibt es schon heute Betreuungsfonds, über die sich die Betriebe an den Kosten beteiligen. Daneben bieten einzelne internationale und grosse Konzerne ihren Angestellten eigene oder bei Krippen eingekaufte Betreuungsplätze an oder leisten direkte Kostenbeiträge an die Eltern.

Die AL ist überzeugt, dass wir mit dieser Initiative der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen grossen Schritt näherkommen. Auch die Wirtschaft soll sich an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligen, profitiert sie doch von einem guten Betreuungssystem. Die AL wird sich mit aller Kraft für den Betreuungsfonds und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen.

Zürich, 11. Januar 2016

³ Erläuternder Bericht. Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung.